**Antrag des KSV**

Die Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft möge beschließen:

**Rücktritt des Wiener Polizeipräsidenten**

Die Österreichische HochschülerInnenschaft spricht sich angesichts des Polizeieinsatzes rund um den „Wiener Akademikerball“ am 24. Jänner 2014 für einen Rücktritt des Präsidenten der Landespolizeidirektion Wien, Gerhard Pürstl, aus.

Begründung

Gerhard Pürstl hat als Landespolizeipräsident weitreichende und völlig unverhältnismäßige Einschränkungen der Grundrechte im Zusammenhang des FPÖ-Akademikerball zu verantworten. Dazu zählen die von der Journalistengewerkschaft kritisierte Einschränkung der Pressefreiheit rund um die Hofburg, die von Verfassungsjuristen als unverhältnismäßig eingestufte Ausrufung eines Vermummungsverbots in den Bezirken 1-9 sowie der Einrichtung einer der größten Sperrzonen in der Geschichte der 2. Republik.

Trotz des Einsatzes von 2.000 Polizistinnen und Polizisten am Abend des Wiener Akademikerballes war der Landespolizeipräsident nicht in der Lage, eine kleine Gruppe von Provokateuren von Sachbeschädigungen in der Innenstadt abzuhalten. Gleichzeitig kam es jedoch bei angemeldeten und friedlichen Kundgebungen – beispielsweise rund um das Burgtheater – zu massiver Polizeigewalt gegen DemonstrantInnen, die angesichts der vielen Verletzten einen Großeinsatz der Wiener Rettung erforderlich machte.

Nach der Demonstration begegnete Landespolizeipräsident Pürstl Kritik an ausufernder Polizeigewalt nicht nur völlig unprofessionell („Jetzt kommen‘s mir nicht mit der Tränendrüse, dass irgendwelche jetzt Tränengas ins Auge bekommen haben“, Sendung „Im Zentrum“ vom 26. Jänner 2014), er war auch sichtlich nicht in der Lage, zwischen tausenden friedlichen DemonstrantInnen und einigen wenigen Provokateuren zu unterscheiden. Zusätzlich kündigte er an, personenbezogene Daten von Opfern der Polizeigewalt am 24. Jänner abzufragen, was jedoch ohne richterlichen Beschluss rechtswidrig ist.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die von Gerhard Pürstl zu verantwortende Räumung des friedlichen „Refugeecamps“ im Dezember 2012 samt Zerstörung von Zelten und persönlichem Eigentum. Am 30. Juli 2013 schlug eine Frau bei einer Demonstration gegen Abschiebungen nach dem Zusammentreffen mit einem Polizisten hart mit dem Kopf auf eine Steinstufe – noch vor jeglicher Untersuchung des Vorfalls sprach Pürstl hier öffentlich von einem „Unfall“ und kritisierte die Verletzte, sich nicht sofort bei der Polizei gemeldet und ausgewiesen zu haben.

Aus den hier angeführten Gründen ist Gerhard Pürstl für eine so verantwortungsvolle Position wie jene des Präsidenten der Landespolizeidirektion Wien völlig untragbar und ihm wird daher der sofortige Rücktritt dringend nahegelegt.